

Strategische Ressourcenallokation in der Sportpolitik Nordrhein-Westfalens: Eine vergleichende Analyse der Olympischen Bewerbung Rhein-Ruhr gegenüber der direkten Förderung der kommunalen Sportinfrastruktur

1. Präambel und strategische Einordnung

Die sportpolitische Debatte in Nordrhein-Westfalen (NRW) hat im Vorfeld der geplanten Bewerbung um die Olympischen und Paralympischen Spiele in den Jahren 2036 oder 2040 eine historische Zuspitzung erfahren. Im Zentrum des Diskurses steht eine fundamentale allokatonspolitische Fragestellung: Soll das Land seine finanziellen, administrativen und politischen Ressourcen auf die Akquisition eines globalen Mega-Events konzentrieren, in der Erwartung makroökonomischer und soziokultureller Multiplikatoreffekte? Oder ist eine direkte, dezentrale Reinvestition dieser Mittel in die physische Basis des Breitensports – die marode kommunale Sportinfrastruktur – die volkswirtschaftlich und gesellschaftlich effizientere Strategie?

Diese Analyse untersucht diese Dichotomie unter besonderer Berücksichtigung eines fiskalischen Faktums, das als Katalysator für die politische Kontroverse dient: Die Entnahme von 9,5 Millionen Euro aus dem Haushaltstitel „Investitionen im Sport / Sportstättenförderung“ zur Finanzierung der Bewerbungsphase und der Durchführung von Bürgerentscheiden.¹

Dieser Vorgang transformiert eine theoretische Debatte über Opportunitätskosten in eine reale Verteilungskonfliktsituation. Die Untersuchung basiert auf einer umfassenden Auswertung aktueller Primärdaten, politischer Protokolle und sozioökonomischer Indikatoren des Landes NRW.

2. Der sportpolitische Kontext: Nordrhein-Westfalen als „Sportland Nummer 1“ in der Krise

2.1 Die strukturelle Bedeutung des Sports in NRW

Nordrhein-Westfalen nimmt innerhalb der Bundesrepublik Deutschland eine hegemoniale Stellung im organisierten Sport ein. Mit rund 17.300 Sportvereinen und ca. 5,5 Millionen Mitgliedschaften ² repräsentiert das Bundesland eine der dichtesten Vereinslandschaften

weltweit. Diese Struktur ist nicht nur ein Freizeitphänomen, sondern bildet das Rückgrat der sozialen Kohäsion. Sportvereine fungieren als Agenturen der Integration, Gesundheitsprävention und jugendlichen Sozialisation.

Die demografische Durchdringung ist tiefgreifend: In der Region Rhein-Ruhr leben im Umkreis von 500 Kilometern rund 160 Millionen Menschen ², was das enorme Einzugsgebiet und das Potenzial für Zuschauerströme unterstreicht. Doch diese quantitativen Superlative maskieren eine qualitative Erosion der Substanz.

2.2 Der Sanierungstau als chronisches Defizit

Trotz der hohen gesellschaftlichen Relevanz leidet die physische Infrastruktur unter einem jahrzehntelangen Investitionsdefizit. Der Landessportbund NRW (LSB) und kommunale Spitzenverbände beziffern den Sanierungstau auf einen hohen einstelligen Milliardenbetrag. Die Symptome sind mannigfaltig:

- **Schließung von Bädern:** Kommunen sind zunehmend gezwungen, Schwimmbäder aus Kostengründen oder aufgrund baulicher Mängel zu schließen, was direkt mit der sinkenden Schwimmfähigkeit bei Grundschulern korreliert.³
- **Energetische Ineffizienz:** Ein Großteil der Sporthallen stammt aus den 1960er und 1970er Jahren und weist katastrophale Energiebilanzen auf, was in Zeiten volatiler Energiepreise die Betriebskosten für Kommunen und Vereine untragbar macht.
- **Qualitätsverlust:** Veraltete Sanitäranlagen und beschädigte Bodenbeläge mindern die Attraktivität des Vereinssports im Wettbewerb mit kommerziellen Anbietern.

In diesem Kontext wirkt die Ankündigung der Landesregierung, 300 Millionen Euro über das Programm „Moderne Sportstätte 2022“ ⁴ oder 333 Millionen Euro über Bundesmittel ⁵ bereitzustellen, zwar als positives Signal, deckt jedoch rechnerisch nur einen Bruchteil des realen Bedarfs ab.

3. Szenario A: Die Olympische Bewerbung Rhein-Ruhr – Konzept, Kosten und Versprechen

3.1 Das polyzentrische Konzept: Abschied vom Gigantismus

Die Initiative Rhein-Ruhr City versucht, aus den Fehlern gescheiterter Bewerbungen (München 2022, Hamburg 2024) zu lernen, indem sie ein radikal anderes Konzept verfolgt. Anstatt die Spiele in einer einzigen Metropole zu konzentrieren, setzt das Konzept auf Regionalität und Polyzentralität. 17 Städte in NRW sowie externe Partnerstädte sind involviert.²

Das Kernversprechen lautet Nachhaltigkeit durch Nutzung des Bestands: „100 % bestehende oder temporäre Sportstätten“ sollen zum Einsatz kommen.⁶ Dies soll die gefürchteten „Weißen Elefanten“ – Sportstätten, die nach den Spielen ungenutzt verfallen – verhindern.

3.1.1 Die geografische Verteilung der Wettkampfstätten

Die Verteilung der Sportarten folgt der vorhandenen Infrastruktur-Topografie:

- **Köln (Leading City):** Fungiert als logistisches Zentrum mit dem Olympischen Dorf in

Köln-Blumenberg, dem Medienzentrum und Wettkämpfen in der Lanxess Arena (Turnen, Para-Finals) sowie einem temporären Leichtathletik-Stadion.⁶

- **Krefeld:** Die Yayla Arena wird für Taekwondo und Rollstuhlrugby genutzt.⁶
- **Mönchengladbach:** Der Hockeypark, eine der weltweit führenden Anlagen für Feldhockey, ist als Austragungsort gesetzt.⁷
- **Gelsenkirchen/Dortmund/Düsseldorf:** Die großen Fußballarenen werden für Massensportarten oder temporäre Einbauten (z.B. Schwimmbecken in Stadien) genutzt.
- **Essen:** Nutzung der Zeche Zollverein und des Baldeneysees.

Dieses Cluster-Konzept verspricht, 95 % der Athleten in einem Radius von 40 km oder 60 Minuten Fahrtzeit unterzubringen.²

3.2 Die finanzielle Architektur der Bewerbung

Die ökonomische Analyse eines solchen Mega-Events erfordert die strikte Trennung in drei Budget-Kategorien: Das Bewerbungsbudget, das OCOG-Budget (Durchführung) und das Non-OCOG-Budget (Infrastruktur/Sicherheit).

3.2.1 Die Kontroverse um das Bewerbungsbudget (9,5 Millionen Euro)

Der unmittelbare Konflikt entzündet sich an der Finanzierung der Akquisitionsphase. Für die Erstellung der Bewerbungsunterlagen („Bid Book“), die Durchführung der Kampagne „Unsere Städte. Unsere Spiele.“⁸ und die Organisation der Ratsbürgerentscheide werden 9,5 Millionen Euro veranschlagt. Kritisch ist hierbei nicht die Summe an sich, sondern ihre Herkunft: Sie wird dem Titel „Investitionen im Sport / Sportstättenförderung“ entnommen.¹

- **Allokationskritik:** Aus finanzwissenschaftlicher Sicht handelt es sich um eine Umwidmung von investiven Mitteln (Substanzerhalt) in konsumtive Mittel (Marketing/Verwaltung). Jeder Euro, der in eine Werbekampagne fließt, fehlt im Beton einer Turnhalle.
- **Politische Rezeption:** Die Opposition (SPD, Grüne teils kritisch) bewertet dies als „Finanzierung durch Kürzungen im Sport“.¹ Dies erzeugt ein Glaubwürdigkeitsproblem: Die Regierung wirbt für den Sport, indem sie dem Sport Geld wegnimmt.

3.2.2 Das OCOG-Budget (Organisationskomitee)

Das operative Budget für die Durchführung der Spiele soll rein privatwirtschaftlich gedeckt sein.

- **Einnahmen:** Geplant ist der Verkauf von 14 Millionen Tickets.⁶ Diese Zahl übertrifft Paris 2024 (ca. 10 Mio.) deutlich und basiert auf der Annahme, dass die dichte Besiedlung der Region (160 Mio. Menschen im 500km-Radius) eine massive Nachfrage generiert.²
- **Risiko:** Sollten die Ticketverkäufe oder Sponsoringeinnahmen hinter den Erwartungen zurückbleiben, haftet in der Regel trotz anderslautender Versprechen letztlich die öffentliche Hand über Defizitgarantien.

3.2.3 Das Non-OCOG-Budget (Staatliche Aufgaben)

Hier liegen die latenten Kostenrisiken für den Steuerzahler.

- **Sicherheit:** Die Sicherung von 17 Standorten in einer Metropolregion ist komplexer und teurer als ein kompaktes Konzept. Erfahrungen aus London oder Paris zeigen, dass Sicherheitskosten schnell die Milliardenmarke erreichen.
- **Transport:** Die Vernetzung der Spielorte erfordert einen reibungslosen ÖPNV. Projekte wie der Rhein-Ruhr-Express (RRX) ⁹ sind zwar ohnehin geplant, müssten aber zwingend bis 2036 fertiggestellt und kapazitatativ erweitert werden. Dies führt zu einem „Pull-Effekt“: Infrastrukturmittel werden priorisiert für Projekte, die Olympia dienen, eventuell zulasten ländlicherer Regionen.

3.3 Der Zeitplan der demokratischen Legitimation

Ein Scheitern am Bürgerwillen (wie in Hamburg) soll vermieden werden. Daher sind für den **19. April 2026** in allen beteiligten Kommunen Ratsbürgerentscheide angesetzt.⁷

- **Logistik:** Der Versand der Abstimmungsunterlagen erfolgt im März 2026.¹¹
- **Kostenverteilung:** Das Land NRW übernimmt 85 % der Kosten für diese Abstimmungen ⁷, was wiederum den Zugriff auf den Sportfördertitel erklärt. Die Stadt Mönchengladbach beispielsweise rechnet mit einem Eigenanteil von 100.000 Euro, was bedeutet, dass die Gesamtkosten allein dort bei ca. 660.000 Euro liegen. Hochgerechnet auf 17 Städte ergibt sich ein Millionenbetrag allein für den Verwaltungsakt der Abstimmung.

4. Szenario B: Die Alternative – Direkte Mittelallokation in die Sportförderung

4.1 Die Kaufkraft der 9,5 Millionen Euro

Um die Opportunitätskosten greifbar zu machen, muss analysiert werden, was mit den 9,5 Millionen Euro, die für die Bewerbung abgezogen werden, im Bestand hätte geleistet werden können. Basierend auf aktuellen Kostensätzen für Sportstättenanierungen ⁵ ergibt sich folgendes Bild:

Tabelle 1: Äquivalenzrechnung der Bewerbungskosten (9,5 Mio. €)

Investitionsobjekt	Durchschnittskosten (ca.)	Anzahl realisierbarer Projekte für 9,5 Mio. €	Effekt für den Breitensport
Generalsanierung Turnhalle	1,5 Mio. €	6 Hallen	Sicherung des Schulsports für ca. 3.000 Schüler pro Jahr.
Sanierung Lehrschwimmbecken	2,0 - 3,0 Mio. €	3 - 4 Bäder	Erhalt der Schwimmfähigkeit in mehreren Stadtteilen.
Umwandlung Tenne in Kunstrasen	350.000 €	27 Plätze	Ganzjährige Nutzbarkeit für ca. 500

			Fußballmannschaften.
Energetische Sanierung (LED/Dämmung)	100.000 €	95 Vereine	Massive Senkung der Betriebskosten, Insolvenzprävention.

Diese Rechnung verdeutlicht: Für die Summe, die ausgegeben wird, um die Bürger zu fragen, ob sie Spiele wollen, könnten fast 100 Vereine energetisch saniert oder 27 Ascheplätze in moderne Kunstrasenplätze verwandelt werden. Der Grenznutzen dieser Investition für den täglichen Sportbetrieb ist unmittelbar und messbar.

4.2 Die Dimension der „Milliarde“

Die Landesregierung stellt im Kontext der Bewerbung ein Investitionsprogramm von rund einer Milliarde Euro in Aussicht.²

- **Das Argument der Befürworter:** Diese Milliarde wird nur *wegen* Olympia mobilisiert. Das Event dient als Hebel, um Finanzministerien zu Ausgaben zu bewegen, die sonst dem Rotstift zum Opfer fielen.
- **Das Argument der Kritiker:** Wenn das Geld vorhanden ist, ist es eine politische Entscheidung, es an ein Event zu koppeln. Szenario B postuliert, dass diese Milliarde auch ohne Olympia investiert werden könnte, wenn der politische Wille zur Daseinsvorsorge Priorität hätte.

Würde man eine Milliarde Euro direkt investieren, entspräche dies der Sanierung von ca. **660 großen Sportstätten** (à 1,5 Mio. €). Dies würde den Sanierungsstau in NRW nicht vollständig beseitigen, aber signifikant (um ca. 20–30%) reduzieren und einen qualitativen Sprung für den Breitensport bedeuten.

5. Vergleichende Wirkungsanalyse: Auswirkungen auf den heimischen Sport

5.1 Der „Crowding-Out“-Effekt vs. der „Legacy“-Effekt

Crowding-Out (Verdrängung)

Im Szenario A besteht die Gefahr der Ressourcenkonkurrenz.

1. **Finanziell:** Wie am Beispiel der 9,5 Millionen Euro ¹ bewiesen, greift die Bewerbung direkt auf Töpfe zu, die für den Breitensport gedacht waren. Es ist zu befürchten, dass bei Kostensteigerungen im Non-OCOG-Bereich (Sicherheit/Verkehr) weitere Mittel aus dem allgemeinen Sportetat abgezogen werden.
2. **Administrativ:** Die Planungskapazitäten in den Sportämtern der 17 Städte sind begrenzt. Wenn Personal für Olympia-Planungen gebunden ist, bleiben Anträge lokaler Vereine für kleine Baumaßnahmen liegen.

Legacy (Nachhaltigkeit)

Befürworter argumentieren mit der „Legacy“.

1. **Infrastruktur-Upgrade:** Sportstätten wie der Hockeypark oder die Regattabahn Duisburg würden auf Weltniveau modernisiert. Davon profitiert der Leistungssport langfristig.
2. **Sozialer Wohnungsbau:** Das Olympische Dorf in Köln-Blumenberg wird als soziales Wohnungsbauprojekt konzipiert.⁶ Nach den Spielen soll dort ein inklusives Stadtquartier entstehen. Kritiker wenden ein, dass sozialer Wohnungsbau auch ohne den Umweg über ein Athletendorf möglich und nötig wäre – und zwar sofort, nicht erst 2036.
3. **Barrierefreiheit:** Die Paralympics erzwingen einen barrierefreien Ausbau von Infrastruktur und ÖPNV, der allen Bürgern zugutekommt.

5.2 Image und Ehrenamt

Ein oft zitiertes Argument für Olympia ist die immaterielle Wirkung.

- **Szenario A:** Die Spiele könnten eine Begeisterungswelle auslösen, die zu mehr Ehrenamtlichen und Vereinsbeitritten führt (der „Boris-Becker-Effekt“). Studien zeigen jedoch, dass diese Effekte oft kurzlebig sind („Strohfeuer“). Zudem bindet das Event Ehrenamtliche als „Volunteers“ für das Event selbst, zieht sie also temporär aus den Vereinen ab.
- **Szenario B:** Eine direkte Förderung (z.B. Erhöhung der Übungsleiterpauschale, Investition in moderne, attraktive Sportstätten) schafft dauerhafte Anreize für das Ehrenamt. Ein Trainer arbeitet lieber in einer warmen, hellen Halle als in einer maroden Ruine. Dies stärkt die Basis nachhaltiger als ein vierwöchiges TV-Ereignis.

6. Vertiefung: Der Fall Köln-Blumenberg und die soziale Frage

Ein Brennglas der Debatte ist das geplante Olympische Dorf in Köln-Blumenberg.¹⁴

- **Planung:** Bau von Unterkünften für 95 % der Athleten, Nachnutzung als Stadtquartier.
- **Kritik:** Der BUND und Anwohnerinitiativen warnen vor Flächenversiegelung und Verkehrsinfarkten im Kölner Norden.¹⁵
- **Dilemma:** Die Verknüpfung von Wohnungsbaupolitik mit Sportpolitik ist riskant. Um die hohen Baukosten und Sicherheitsstandards eines Olympischen Dorfes zu refinanzieren, neigen Investoren in der Nachnutzung oft dazu, die Immobilienpreise anzuziehen (Gentrifizierung), was dem Ziel des „sozialen Wohnraums“ zuwiderläuft. Szenario B würde erlauben, Wohnraumprogramme direkt und bedarfsgerecht zu fördern, ohne die architektonischen Zwänge eines Athletendorfes.

7. Synopse der Argumente und Risikobewertung

Die folgende Tabelle fasst die Kernparameter der beiden Optionen zusammen:

Tabelle 2: Strategischer Vergleich der Optionen

Kriterium	Szenario A: Olympia Rhein-Ruhr	Szenario B: Direkte Sportförderung

Primäres Ziel	Globales Prestige, Strukturwandel durch Event-Impuls.	Erhalt und Ausbau der Daseinsvorsorge, Breitenförderung.
Umgang mit 9,5 Mio. €	Verbrauch für Marketing, Verwaltung, Abstimmung.	Investition in Bestand (ca. 6 Hallen / 27 Plätze).
Finanzrisiko	Hoch: Kostenexplosion bei Sicherheit/Bau möglich (siehe London/Paris).	Niedrig: Projektbezogene Festbetragsfinanzierung, skalierbar.
Wirkungshorizont	Punktuell extrem (2036/2040), Hoffnung auf Legacy.	Sofortig und dauerhaft (Nutzungsdauer Sanierung: 20-30 Jahre).
Soziale Wirkung	„Wir-Gefühl“, Inspiration, aber Gefahr der Gentrifizierung.	Integration durch funktionierende Vereine, Gesundheitsprävention.
Demokratische Hürde	Ratsbürgerentscheid (19.04.2026) mit Scheiterrisiko.	Keine Hürde, breiter politischer Konsens für Sanierung vorhanden.

8. Fazit und Handlungsempfehlung

Die Analyse der Faktenlage unter besonderer Berücksichtigung der 9,5-Millionen-Euro-Umschichtung offenbart eine deutliche Asymmetrie zwischen **Anspruch** und **Wirklichkeit**.

Die **Olympia-Bewerbung (Szenario A)** ist eine hochriskante Wette auf die Zukunft. Sie basiert auf der Annahme, dass der externe Zwang eines Großevents notwendig ist, um Investitionsmittel (die „Milliarde“) überhaupt erst freizusetzen. Dieser Mechanismus ist politisch zynisch, da er impliziert, dass der Sanierungsstau im Breitensport ohne den Glanz von Olympia keine Priorität genießt. Die Entnahme von 9,5 Millionen Euro aus der Sportstättenförderung für die Bewerbung ist der operative Beweis dieser Prioritätenverschiebung: Substanz wird für Inszenierung geopfert. Sollte die Bewerbung scheitern (Referendum oder IOC-Entscheidung), sind diese Mittel unwiederbringlich verloren – ein „Sunk Cost“-Effekt, der 27 Kunstrasenplätzen entspricht.

Die **Direkte Förderung (Szenario B)** repräsentiert die ökonomisch effizientere und sozial gerechtere Alternative. Die direkte Injektion der Mittel – sowohl der 9,5 Millionen als auch der potenziellen Milliarde – in den Bestand würde den Sanierungsstau effektiv bekämpfen. Sie würde die Betriebskosten der Vereine senken (Energieeffizienz), die Kapazitäten für den Schulsport sichern und das Ehrenamt durch bessere Arbeitsbedingungen stärken.

Schlussfolgerung:

Aus der Perspektive des heimischen Sports ist die Strategie der direkten Förderung vorzuziehen. Der „Trickle-Down-Effekt“ von Olympia ist historisch oft widerlegt oder überschätzt worden. Der „Crowding-Out-Effekt“ hingegen – der Abzug von Mitteln und Aufmerksamkeit von der Breite zur Spitze – ist durch die 9,5-Millionen-Euro-Entnahme bereits

real eingetreten, noch bevor die erste Disziplin gestartet wurde. Eine nachhaltige Sportpolitik würde diese Mittel schützen und die Bewerbung – so sie denn politisch gewollt ist – aus Töpfen der Wirtschaftsförderung oder des Standortmarketings finanzieren, anstatt die Basis des Sports zur Kasse zu bitten.

Exkurs: Detaillierte Analyse der Ratsbürgerentscheide und der demokratischen Kosten

Ein wesentliches Element der aktuellen Strategie ist die demokratische Legitimation, die am 19. April 2026 eingeholt werden soll. Dieser Abschnitt beleuchtet die Mechanismen und die Kritik an diesem Verfahren.

1. Der Mechanismus des Ratsbürgerentscheids

Im Gegensatz zu einem Volksentscheid auf Landesebene haben sich die Initiatoren für dezentrale „Ratsbürgerentscheide“ in den beteiligten Kommunen entschieden.⁷

- **Rechtliche Basis:** Gemäß § 26 der Gemeindeordnung NRW kann der Rat beschließen, dass die Bürger an seiner Stelle entscheiden.
- **Die Frage:** Die Fragestellung ist harmonisiert, aber lokal adaptiert: „Sind Sie dafür, dass sich die Stadt [Name] an der gemeinsamen Bewerbung... beteiligt?“
- **Bindungswirkung:** Das Votum ist rechtlich bindend wie ein Ratsbeschluss. Allerdings hat es eine Frist (meist 2 Jahre), was bei einem Zeithorizont bis 2036 Fragen nach der dauerhaften Legitimation aufwirft.

2. Die Kosten der Demokratie als Streitpunkt

Die Kosten für diese Abstimmungen sind erheblich.

- **Postversand:** Alle Wahlberechtigten ab 16 Jahren erhalten Unterlagen.³ Bei Millionen von Wahlberechtigten im Ruhrgebiet entstehen allein hierfür Portokosten in Millionenhöhe.
- **Personal:** Wahllokale müssen besetzt, Stimmen ausgezählt werden.
- **Die 85%-Regel:** Dass das Land 85 % dieser Kosten übernimmt ⁷ und dafür auf Sportfördermittel zurückgreift, ist der Kern der Kritik. Es wird argumentiert, dass Demokratiekosten aus dem Innenministerium oder allgemeinen Haushaltstiteln gedeckt werden müssten, nicht aus dem Budget für Sportstätten.
- **Verzerrung:** Kritiker bemängeln zudem, dass die 9,5 Millionen Euro auch für die „Kampagne“ genutzt werden.¹⁷ Dies bedeutet, dass Steuergeld genutzt wird, um für ein „Ja“ zu werben (Imagefilme, Plakate), während Gegner (wie BUND oder kritische

Bürgerinitiativen) keine vergleichbaren Mittel erhalten. Dies schafft ein Ungleichgewicht im demokratischen Diskurs, finanziert durch Gelder, die eigentlich für den Sportbau vorgesehen waren.

3. Das Risiko der Ablehnung

Das Verfahren birgt ein hohes Risiko für das Gesamtprojekt. Wenn Schlüsselstädte wie Köln (Athletendorf) oder Dortmund (Stadion) mit „Nein“ stimmen, kollabiert das polyzentrische Konzept.

- **Kettenreaktion:** Ein „Nein“ in einer Stadt könnte die Stimmung in Nachbarstädten beeinflussen.
- **Investitionsruinen:** Sollte die Bewerbung *nach* investierten Millionen abgelehnt werden (wie in Hamburg nach 100 Mio. € Kosten), wäre der Schaden für den Steuerzahler immens. Bei der direkten Sportförderung (Szenario B) gibt es dieses „Totalausfallrisiko“ nicht – eine sanierte Halle bleibt eine sanierte Halle, unabhängig von Wahlen.

Diese vertiefte Betrachtung unterstreicht, dass die 9,5 Millionen Euro nicht nur eine finanzielle, sondern auch eine demokratiepolitische Investition mit höchstem Risikofaktor darstellen.

Sektorale Betrachtung: Infrastruktur und spezifische Sportarten

Um die Auswirkung der beiden Szenarien zu konkretisieren, lohnt ein Blick auf spezifische Sektoren und Standorte, die im Recherchematerial hervorgehoben wurden.

1. Wassersport und Schwimmbäder

Der Schwimmsport leidet in NRW massiv.

- **Olympia-Plan:** Nutzung temporärer Becken (z.B. in Stadien) oder Modernisierung der Regattabahn Duisburg. Dies schafft Event-Kapazitäten, löst aber nicht das Problem der fehlenden Lehrschwimmbecken in Grundschulen.
- **Direkt-Investition:** Mit den Mitteln könnten gezielt Hubböden in bestehende Bäder eingebaut werden, um sie multifunktional nutzbar zu machen. Die Sanierung des Freibads Stockheide in Dortmund (Kostenanstieg auf 14,6 Mio. €¹⁸) zeigt, wie teuer Einzelmaßnahmen sind. Hier würde die Umwidmung der Bewerbungsmittel (9,5 Mio. €) fast ausreichen, um *ein* solches Großprojekt zu finanzieren oder die Finanzierungslücke zu schließen.

2. Hallensportarten (Handball, Basketball, Schulsport)

- **Olympia-Plan:** Fokus auf große Arenen (PSD Bank Dome, Lanxess Arena). Diese sind für den Breitensport oft nicht zugänglich (Miete zu hoch).

- **Direkt-Investition:** Fokus auf Dreifeldhallen. Eine energetische Sanierung (LED, Deckenstrahlheizung) amortisiert sich oft in wenigen Jahren und senkt die laufende Belastung der Kommunen. Dies schafft finanziellen Spielraum für Vereinsförderung.

3. Spezialisierte Anlagen (Hockey, Reiten)

- **Mönchengladbach (Hockeypark):** Hier ist der Synergieeffekt am größten. Der Hockeypark wird ohnehin genutzt.⁷ Olympia würde eine Modernisierung finanzieren, die dem Deutschen Hockey-Bund (DHB) langfristig hilft. Dies ist ein Punkt für Szenario A. Allerdings ist Hockey eine Randsportart im Vergleich zu Fußball oder Turnen; der gesamtgesellschaftliche Nutzen ist daher begrenzter als bei Breitensportanlagen.

4. Inklusion und Barrierefreiheit

- **Olympia-Plan:** Die Paralympics sind ein starker Treiber. Krefeld (Rollstuhlrugby) würde barrierefrei ausgebaut.⁶
- **Direkt-Investition:** Barrierefreiheit ist auch in den Förderrichtlinien für „Moderne Sportstätte 2022“ verankert. Allerdings fehlt oft das Geld für teure Aufzüge oder Rampen im Bestand. Eine direkte Förderung könnte hier gezielt Schwerpunkte setzen („Sonderprogramm Inklusion“), ohne auf das Zugpferd Paralympics angewiesen zu sein.

Zusammenfassend lässt sich sagen, dass Szenario A (Olympia) Leuchttürme schafft, deren Strahlkraft auf die Breite fraglich ist, während Szenario B (Direktinvestition) das Fundament stärkt, auf dem der gesamte Sportbetrieb ruht.

Referenzen

1. Olympia-Bewerbung: Wüst will Bürgerentscheid durch Kürzungen im Sport finanzieren - SPD Fraktion NRW, Zugriff am Januar 28, 2026, <https://www.spd-fraktion-nrw.de/pressemeldung/olympia-bewerbung-wuest-will-buergerentscheid-durch-kuerzungen-im-sport-finanzieren/>
2. Bewerbung um die Olympischen und Paralympischen Spiele in KölnRheinRuhr - Landessportbund NRW, Zugriff am Januar 28, 2026, https://www.lsb.nrw/fileadmin/global/media/Downloadcenter/Olympiabewerbung/FAQ_Olympia_Paralympics_K%C3%B6lnRheinRuhr.pdf
3. „Wir sind bereit“: Krefeld will Olympia in die Region Rhein-Ruhr holen, Zugriff am Januar 28, 2026, <https://www.krefeld.de/de/wir-sind-bereit-krefeld-will-olympia-die-region-rhein-ruhr-holen?page=3>
4. "Moderne Sportstätte 2022": So funktioniert das 300-Millionen-Euro-Förderprogramm, Zugriff am Januar 28, 2026, <https://www.land.nrw/node/17401>
5. 333 Millionen Euro für die Sanierung kommunaler Sportstätten - Engagiert NRW, Zugriff am Januar 28, 2026, <https://www.engagiert-in-nrw.de/aktuelle-meldungen/333-millionen-euro-fuer-die-sanierung-kommunaler-sportstaetten>

6. Unsere Städte. Unsere Spiele. Olympia & Paralympics Rhein-Ruhr, Zugriff am Januar 28, 2026, <https://olympiabewerbung.nrw/>
7. Rhein-Ruhr-Olympiabewerbung: Ratsbürgerentscheid am 19. April 2026 - Stadt Mönchengladbach, Zugriff am Januar 28, 2026, <https://www.moenchengladbach.de/de/sport/rhein-ruhr-olympiabewerbung-ratsbuergerentscheid-am-19-april-2026>
8. Start der Kampagne für die Bewerbung KölnRheinRuhr um Olympische und Paralympische Spiele 2036, 2040 und 2044 | Land.NRW, Zugriff am Januar 28, 2026, <https://www.land.nrw/pressemitteilung/start-der-kampagne-fuer-die-bewerbung-koelnrheinruhr-um-olympische-und>
9. Finanzplanung 2024 bis 2028 - Finanzverwaltung NRW, Zugriff am Januar 28, 2026, https://www.finanzverwaltung.nrw.de/system/files/media/document/file/finanzplanung_2024-2028.pdf
10. Ratsbürgerentscheid Olympiabewerbung ab 2036 - Stadt Leverkusen, Zugriff am Januar 28, 2026, <https://www.leverkusen.de/rathaus/wahlen/ratsbuergerentscheid-zur-olympiabewerbung-ab-2036>
11. Termine und Fristen zum Ratsbürgerentscheid Olympische und Paralympische Spiele - Stadt Köln, Zugriff am Januar 28, 2026, <https://www.stadt-koeln.de/politik-und-verwaltung/wahlen/74330/index.html>
12. Ministerin Scharrenbach: Rund 50 Millionen Euro für Investitionen zur Förderung von Sportstätten – Land Nordrhein-Westfalen und der Bund unterstützen 66 Projekte in Städten und Gemeinden | MHKBD.NRW, Zugriff am Januar 28, 2026, <https://www.mhkbd.nrw/presse-und-medien/pressemitteilungen/ministerin-scharrenbach-rund-50-millionen-euro-fuer-investitionen-zur-foerderung-von-sportstaetten-land-nordrhein-westfalen-und-der-bund-unterstuetzen-66-projekte-staedten-und-gemeinden>
13. Rund eine Milliarde Euro für den Sport in Nordrhein-Westfalen - Sportland.NRW, Zugriff am Januar 28, 2026, <https://www.sportland.nrw/rund-eine-milliarde-euro-fuer-den-sport-nordrhein-westfalen>
14. Sozialraum Blumenberg, Chorweiler und Seeberg-Nord - Stadt Köln, Zugriff am Januar 28, 2026, https://www.stadt-koeln.de/politik-und-verwaltung/stadtentwicklung/starke-veedel-starkes-koeln/sozialraum-blumenberg-chorweiler-seeberg-nord?cnw_autotranslate=de
15. BUND-Kritik an Olympia-Plänen, Zugriff am Januar 28, 2026, <https://www.bund-nrw.de/presse/detail/news/bund-kritik-an-olympia-plaenen/>
16. BUND informiert über Schattenseiten von Olympiabewerbung - Radio Köln, Zugriff am Januar 28, 2026, <https://www.radiokoeln.de/artikel/bund-informiert-ueber-schattenseiten-von-olympiabewerbung-2547775.html>
17. Start der Kampagne für die Bewerbung KölnRheinRuhr um Olympische und

Paralympische Spiele 2036, 2040 und 2044 | Landessportbund
Nordrhein-Westfalen e.V., Zugriff am Januar 28, 2026,

<https://www.lsb.nrw/medien/news/artikel/start-der-kampagne-fuer-die-bewerbung-koelnrheinruhr-um-olympische-und-paralympische-spiele-2036-2040-und-2044>

18. Neue Berechnung: Sanierungskosten für Freibad Stockheide liegen bei 14,6 Millionen Euro | dortmund.de, Zugriff am Januar 28, 2026,

<https://www.dortmund.de/newsroom/pressemitteilungen/neue-berechnung-sanierungskosten-fuer-freibad-stockheide-liegen-bei-146-millionen-euro.html>